

Wahrheiten wie bestellt

Professoren schreiben Gutachten für Unternehmen, Konzerne finanzieren Lehrstühle. Von der unvoreingenommenen Forschung bleibt mitunter erschreckend wenig. Braucht es neue Spielregeln?

von Bernd Kramer

Zum Beispiel die Hochschule Deggendorf. Sie hat das getan, was die Politik allen Universitäten und Fachhochschulen seit Jahren ins Auftragsbuch schreibt: Deggendorf knüpfte Kontakte zur Wirtschaft. Etwa zu Micro Epsilon, einem Hersteller von Sensoren, spezielle Elektronik, die unter anderem in Autos verbaut wird. Ein Vertreter des Unternehmens sitzt im Hochschulrat, dem wichtigsten Gremium. Und 2008 hat Micro Epsilon Geld für eine neue Professur gegeben. Dr. Martin Sellen, Raum C 226, lehrt und forscht seither zum Thema „industrielle Sensorik“.

So weit, so üblich.

Pikanter ist, wer die Professur in Deggendorf einnimmt: Martin Sellen ist der Geschäftsführer von Micro Epsilon.

Fast wöchentlich verkünden Hochschulen neue Kooperationen, oft mit Unternehmen, aber auch mit Verbänden, Stiftungen oder öffentlichen Stellen. Professoren schreiben Gutachten, akquirieren Drittmittel für Projekte, betreiben Auftragsforschung. Im Jahr 2011 nahmen die Hochschulen 1,3 Milliarden Euro Drittmittel von der Wirtschaft. Zehn Jahre zuvor waren es noch 778 Millionen Euro. Fremdes Geld ist an den Hochschulen nicht mehr wegzudenken – auch weil die Grundfinanzierung durch die Länder stagniert.

Rund 1000 Stiftungsprofessuren wie in Deggendorf laufen derzeit an den deutschen

Hochschulen. Fünf Jahre zuvor waren es erst 660 Lehrstühle, die auf Zeit von Unternehmen, Stiftungen oder Privatleuten finanziert wurden. Der Wissenschaftssoziologe Dr. Stefan Böschen vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) spricht von neuen Grauzonen. „Die Universitäten werden dazu angehalten, unternehmerischer zu werden“, sagt er. „Das führt dazu, dass unter der Hand manches über Bord geworfen wird, was früher als ehernes Prinzip galt.“

Wird die Wissenschaft käuflich?

Die Wahrheit, meint Böschen, verschiebe sich auf subtile Weise – ohne dass sich Forscher als befangen erleben müssen.

Vor allem einer kämpft seit Jahrzehnten bei den Hochschulen dafür, die Berührungsängste zur Wirtschaft abzubauen: der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, in dem sich große Unternehmen versammelt haben. „Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft wird bedeutender“, sagt Dr. Volker Meyer-Guckel, stellvertretender Generalsekretär des Stifterverbandes. Das habe nicht einmal unbedingt damit zu tun, dass ausgehungerte Hochschulen von der Politik zum Klinkenputzen geschickt würden. Die Firmen selbst dränge es an die Hochschulen, sagt Meyer-Guckel – wissenschaftliches Knowhow von der Quelle wird verstärkt zum Wettbewerbsvorteil. Weltweit. „Früher hatte Bayer in Leverkusen ein einziges riesiges Entwicklungslabor. Heute

findet
immer
mehr
Forschung
in Kooperati-
onsprojekten mit
Hochschulen statt“, sagt
Meyer-Guckel.

Doch das Unbehagen wächst, in der Gesellschaft, aber auch in der Politik, die umzusteuen beginnt. Wer definiert, was die drängenden Forschungsfragen sind? Welche Standards braucht es für Kooperationsprojekte? Wie weit können öffentliche Hochschulen privaten Geldgebern entgegenkommen?

„Das Thema ist derzeit extrem vital“, sagt Meyer-Guckel.

Geschichten wie die aus Deggendorf zeigen, warum. Auf den ersten Blick mag die Hochschule alles richtig gemacht haben. Als FH soll sie anwendungsorientiert forschen und ausbilden, Praktiker zu Professoren machen. Das macht ihren Charme aus. Aber die Hochschule beansprucht für sich ebenfalls, Wissenschaft zu betreiben, den Zweifel zu kultivieren, sich nicht von fremden Interessen leiten zu lassen. Der Stifterverband



hat diese Idee 2011 in einem freiwilligen Verhaltenskodex für fremdfinanzierte Professuren formuliert. Darin heißt es unmissverständlich: „Die Freiheit von Forschung und Lehre und die Unabhängigkeit der jeweils geförderten Hochschule von wirtschaftlichen und sonstigen Interessen wird gewährleistet.“

Die Hochschule Deggendorf verweist im Fall der Professur von Micro Epsilon auf ein ordentliches Berufungsverfahren. Die Stelle wurde ausgeschrieben, der Mitarbeiter des stiftenden Unternehmens sei der geeignete Kandidat gewesen. Sellen selbst sagt, er sehe keinen Interessenkonflikt.

Zumindest aber vermischen sich die Rollen. Den Verlängerungsvertrag mit der Hochschule über die Stiftungsprofessur hat Sellen selbst unterschrieben – als Geschäftsführer des stiftenden Unternehmens. Als Vertreter der Professorenschaft wiederum zog Sellen von 2011 bis 2013 in den Senat der Hochschule, ein reines Hochschulgremium. In der Rolle als Wirtschaftsvertreter sitzt Sellen im wissenschaftlichen Beirat der Bayerischen Forschungsstiftung, einem Förderwerk, das mit öffentlichem Geld Projekte unterstützt, bei denen Hochschulen und Unternehmen zusammenarbeiten. Geld fließt dabei auch nach Deggendorf – etwa in ein Kooperationsprojekt der Hochschule mit Micro Epsilon. Im Jahresbericht 2012 findet sich ein Projektsteckbrief „Inlinerauigmessung am Brillenglas“. Als Kooperationspartner aus der Wirtschaft ist angegeben: Martin Sellen, Micro Epsilon.

Es mögen Grenzfälle dieser Art sein, die die Politik zum Umdenken bewegen. In Baden-Württemberg hat Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) unlängst den Hochschulen auferlegt, in einer Datenbank alle Forschungsprojekte mit fremdem Geld nachprüfbar festzuhalten. Niedersachsen machte kürzlich sämtliche Militärforschungsprojekte der Landeshochschulen öffentlich, nachdem deutsche Universitäten mit ihren Arbeiten für das amerikanische Pentagon in die Schlagzeilen gerieten. „In einer Demokratie verbietet es sich, dass öffentlich geförderte Hochschulen hinter verschlossenen Türen forschen“, sagte Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljaji (Grüne). Wie sensibel der Punkt für die Hochschulen ist, zeigte sich in NRW: Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) wollte ebenfalls mehr Transparenz in der Drittmittforschung durchsetzen – wogen die Rektoren Sturm liefen. Inzwischen ist der Punkt im geplanten Hochschulzulaufsgesetz stark verwässert.

Auch der Stifterverband registriert den Schwenk. „Die Politik muss aufpassen, dass

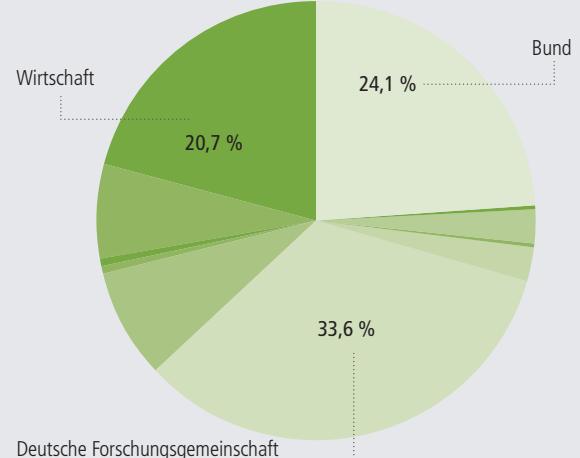
MEHR DRITTMittel AUS DER WIRTSCHAFT

Angaben in Mrd. Euro



UNTERNEHMEN SIND NACH BUND UND DFG DIE WICHTIGSTEN GELDGEBER

Herkunft der Drittmittel (Stand 2011)



sie nicht übers Ziel hinausschießt“, sagt Dr. Volker Meyer-Guckel. Der Stifterverband will daher in Workshops und Veranstaltungen ausloten, wie viel Transparenz möglich ist und welche Interessenkonflikte sich in der Forschung mit der Wirtschaft ergeben. „Wir im Stifterverband werden das zu einem Hauptthema der nächsten Monate machen“, sagt Meyer-Guckel.

Anlass zu reden gibt es genug.

Beispiel Berlin: Eine vom ehemaligen Bundespräsidenten-Paar Carstensen ins Leben gerufene Stiftung finanzierte an der Charité eine Professorin, die die Homöopathie erforschen soll – obwohl Schulmediziner diese Alternativheilkunde fast durch die Bank für widerlegt halten.

Beispiel Köln: Die Universität hält beharrlich einen Vertrag mit dem Pharmakonzern Bayer unter Verschluss, den der damalige Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) einst lobte als „weitest reichende Kooperation, die eine nordrhein-westfälische Universitätsklinik bislang eingegangen ist“.

Einzelne Landesrechnungshöfe ermöglichen Einblicke in die Unternehmenskooperationen der Hochschulen, die erschreckend sind: „Bei der Besetzung der Stiftungsprofessuren sowie bei deren inhaltlicher Ausrichtung waren teilweise erhebliche Einflussnahmen der Stifter festzustellen“, urteilt etwa der Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen im Jahr 2011. Die Prüfer hatten sich alle Verträge der damals 74 Stiftungsprofessuren der Landeshochschulen schicken lassen. Fast immer haben die Stifter die Vereinbarungen entworfen.

In fünf Fällen, so die nordrhein-westfälischen Rechnungsprüfer, hätten sich die Hochschulen gar dazu verpflichtet, dass nur ein Kandidat berufen werden darf, „mit dem der Stifter vertrauensvoll zusammenarbeiten kann“. An einer Universität habe der Stifter bereits in den Vertragsverhandlungen eine Person als Lehrstuhlinhaber benannt und der Hochschule wissenschaftliche Geräte in Aussicht gestellt, wenn der Wunschkandidat den Posten erhält. So geschah es denn auch.

Es ist keineswegs unüblich, dass auf Stiftungsprofessuren wie in Deggendorf diejenigen landen, die bereits für den Stifter arbeiten oder gearbeitet haben. Trotz des Verhaltenskodexes des Stifterverbandes, der zwar die Unabhängigkeit ganz allgemein hochhält, solche Konstellationen aber nicht ausdrücklich ausschließt. Die Hochschule Rhein-Waal in Kleve zum Beispiel schuf 2012 eine Stiftungsprofessur zur „Governance grenzüberschreitender Allianzen mit dem Schwerpunkt Wasserwirtschaft“. Gefördert wird sie von der Niederländischen Wasserbehörde Velt und Vecht – die gleich ihren Dezernenten für Politik und Strategie als Lehrstuhlinhaber schickte.

Die Nähe zur Wirtschaft bringt den Hochschulen Geld, das sie gut gebrauchen können. Andererseits verlieren sie damit ein unbezahlbares Gut: Glaubwürdigkeit. Eine Befragung der EU-Kommission zeigte im Jahr 2010, wie gering das Vertrauen der Bevölkerung in die wissenschaftliche Unabhängigkeit ist, vor allem in Deutschland. 70 Prozent der Befragten waren hierzulande der Meinung, sie könnten bei kontro-



Sagt sie die Wahrheit? Eine EU-Umfrage von 2010 zeigt: Viele Menschen misstrauen der Wissenschaft.

versen Themen nicht auf die Wissenschaft bauen, da diese von der Industrie abhängig sei – nur in Zypern war das Misstrauen größer. Europaweit meldeten 58 Prozent Zweifel an der Unvoreingenommenheit der Wissenschaft an. Zur Skepsis mag beitragen, dass manche Hochschulen ihren Geldgebern ohne Not sehr weit entgegenkommen.

Beispiel Hannover: Über zwei Stiftungsprofessuren freute sich die Tierärztliche Hochschule. Eine wurde 2008 mit dem Geld des Pharmamultis Bayer Health Care eingerichtet, eine weitere 2009 durch eine Spende von Lohmann Animal Health Care, einem Hersteller von Futtermittelzusatzstoffen in Cuxhaven.

Das Ungewöhnliche am Deal: Zu jedem Kandidaten, den die Hochschule auswählte, hätten die Stifter nein sagen können. Gegen den Willen des Geldgebers wäre im Zweifel nichts gelaufen. Das Ergebnis der Berufungskommission, so sahen es die Vereinbarungen vor, musste vom Stifter abgenickt werden. „Kann zwischen dem Stifter und der Tierärztlichen Hochschule Hannover in Bezug auf einen Berufungsvorschlag keine Einigkeit erzielt werden, so hat der Stifter das Recht, den Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen“, erklärt eine Sprecherin der Hochschule. „Die Stiftungsprofessur kommt nicht zustande.“ Gefordert hatten die Stifter solche Extra-Rechte offenbar nicht. Den Passus hat die Hochschule selbst in den Vertrag geschrieben.

Dr. Volker Meyer-Guckel vom Stifterverband wundert sich über solche Fälle: „Wenn eine Hochschule dem Stifter ein indirektes Veto einräumt, ist der Vertrag nicht gut verhandelt.“ Strengere Regeln hält er

allerdings nicht für nötig. Verträge, die die Wissenschaftsfreiheit einschränken, wären vor Gericht ohnehin nichtig, vermutet Meyer-Guckel.

Wenn denn jemand klagen würde.

Der Aufschrei war groß, als vor drei Jahren ein Vertrag zwischen der Deutschen Bank, der Humboldt-Universität und der TU Berlin publik wurde, der von einer sehr ungleichen Partnerschaft zeugte. Das Geldhaus stiftete bis 2011 ein Institut zur Finanzmathematik und ließ sich dafür von den beiden Universitäten weitreichende Mitspracherechte zusichern. Die Besetzung der Professuren habe im Einvernehmen mit der Bank zu geschehen, hieß es etwa. Publikationen der Wissenschaftler müssten ihr zur Freigabe vorgelegt werden. „Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier Wissenschaft eingekauft werden sollte“, ließ sich der Geschäftsführer des Deutschen Hochschulverbandes, Dr. Michael Hartmer, in den Medien zitieren.

Ein Einzelfall, hieß es damals.

Doch solche Verträge fanden sich auch andernorts, ohne dass von ihnen groß Notiz genommen worden wäre. Etwa in Deggendorf. Drei regionale Unternehmen aus Gebäudetechnik- und Baubereich taten sich dort zusammen, um von 2008 bis 2011 eine Professur für „geothermische Energiesysteme“ zu finanzieren: die Karl Lausser GmbH, die Streicher GmbH & Co. KG und YIT Germany GmbH, die inzwischen Caverion heißt. Die Hochschule nahm dankend an.

Im Vertrag vereinbarten die Firmen mit der Hochschule, einen Beirat zu gründen. Der Präsident der Hochschule Deggendorf

sollte diesem Beirat ebenfalls angehören, hätte aber wenig zu sagen gehabt: „Stimmberechtigt im Stiftungsbeirat sind nur die Vertreter der Stifter“, hieß es im Vertrag, der der duz vorliegt.

Der Beirat hätte so ziemlich über alles entscheiden können. In einem Paragrafen wird die Zuständigkeit detailliert geregelt: „Bei der Auswahl der Kandidaten sowie bei der Auswahl der jeweiligen Forschungs- und Lehrinhalte erhalten die Stifter in Form des Stiftungsbeirates ein Mitspracherecht, ebenso bei der Vergabe von Diplom- und/oder Promotionsthemen“, stand dort. Und weiter: „Wissenschaftliche Erkenntnisse sind vor Veröffentlichung dem Stiftungsbeirat bekannt zu geben. Dieser beschließt dann über den Zeitpunkt der Veröffentlichung sowie bei schutzrechtsfähigen Erfindungen über die Anmeldungen derselben und die Anmelder.“ Es ist die Komplettentmachtung der Hochschule und des Professors.

Egal, wen man anspricht: Heute kann sich niemand erklären, wie derartige Passagen in den Vertrag kamen. Die Regelung sei „definitiv nicht umgesetzt worden“ und finde sich „nur in diesem speziellen Vertrag“, entschuldigt sich die Hochschule. „Es gab keine Einflussnahme auf tatsächliche Ausrichtung und tägliche Ausübung von Forschung und Lehre“, erinnert sich Prof. Dr. Christian Schweißler, der sich die Stelle mit einer Kollegin teilte und inzwischen in München lehrt. Ein Sprecher von Caverion, einem der drei Stifter, erklärt, man könne die Hintergründe der Regelung „aus heutiger Sicht nicht mehr rekonstruieren“. ■

Bernd Kramer
ist Redakteur der duz.